



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Jositsch, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Reichmuth, Vara, Zopfi)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 let. b

Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Jositsch, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Reichmuth, Vara, Zopfi)
Adhérer à la décision du Conseil national

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Wir sind mit diesem Geschäft im Rahmen der Differenzbereinigung bereits wieder vor dem Rat. Letzten Donnerstag beschloss unser Rat auf Antrag unserer Kommission einen Kompromiss, der insgesamt 80 Prozent Offsets vorsieht, nämlich 20 Prozent direkte Offsets, 40 Prozent indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sowie 20 Prozent indirekte Offsets in weiteren Industriebereichen. Gestern hielt der Nationalrat nun an seinem Beschluss fest und entschied sich für 60 Prozent Offsets. Ein Minderheitsantrag auf 80 Prozent Offsets gemäss Ständerat wurde mit 144 zu 40 Stimmen bei 9 Enthaltungen und ein weiterer Minderheitsantrag auf null Prozent Offsets mit 117 zu 75 Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlich abgelehnt.



Ihre Kommission führte heute Morgen eine intensive Diskussion darüber, wie jetzt weiter vorgegangen werden soll. Die Kommission beantragt Ihnen mit 7 zu 6 Stimmen, weiterhin bei 80 Prozent Kompensation zu bleiben und am Beschluss des Ständerates festzuhalten. Die Mehrheit ist allerdings nur noch relativ knapp. Es gibt auch eine Minderheit, die sich noch melden wird. Das knappe Resultat hat auch damit zu tun, dass der Beschluss im Nationalrat doch sehr deutlich war und dass dort insbesondere eine relativ erstaunliche Stimmenzahl zustande gekommen ist: Es sind nämlich 75 Stimmen, die gar keine Offsets wünschen. Das spielt im Hintergrund auch ein bisschen eine Rolle, warum das Resultat für diese 80 Prozent jetzt nur noch 7 zu 6 Stimmen beträgt.

Warum ist die Mehrheit Ihrer Kommission für Festhalten an den 80 Prozent? Das hat mehrere Gründe. Der Hauptgrund ist nach wie vor regional- und staatspolitischer Art. Hier verweise ich einmal mehr auf die Haltung der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz, die immer schon befürchtete – und uns deshalb schon letztes Mal wie nochmals heute Morgen einen Brief zugestellt hat –, dass die Westschweiz in Bezug auf das Hängenbleiben von Geschäften und Gegengeschäften bei nur 60 Prozent Offsets diskriminiert bzw. benachteiligt würde, weil dort einfach relativ wenige Firmen angesiedelt sind, die rüstungsrelevante Produkte erzeugen. Der staatspolitische Grund hat auch etwas damit zu tun, dass die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz befürchtet, die Unterstützung zu verlieren, wenn es bei einer Volksabstimmung dann allenfalls darum geht, für den Flieger einzustehen.

Es gibt aber auch andere Gründe, die vonseiten der Mehrheit genannt worden sind: Rüstungspolitik sei immer auch ein Stück weit Industriepolitik. Die 100 Prozent Offset würden grundsätzlich der Policy des Bundesrates im Bereich Offset entsprechen. Vor diesem Hintergrund hat die Mehrheit der Kommission gefunden, dass bei 80 Prozent schon ein Entgegenkommen vorhanden sei und dass es durchaus Sinn mache, über diese 60 Prozent hinaus noch weitere 20 Prozent offenzuhalten für die Bereiche insbesondere in der Westschweiz, die nicht direkt rüstungsrelevante Produkte herstellen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und an den 80 Prozent Kompensation festzuhalten.

Jositsch Daniel (S, ZH): Worum geht es bei diesem Geschäft? Grundsätzlich geht es um die Kampffjetbeschaffung. Die eigentliche Beschaffung ist aber bereits beschlossen, das heisst: Wir diskutieren nun zwischen Nationalrat und Ständerat einzig die Frage, wie hoch die Offset-Anteile im Zusammenhang mit diesem Rüstungsbeschluss sein sollen. Die direkten und indirekten Offsets sind mit 60 Prozent abgedeckt, das heisst, bei der Frage 80 Prozent oder 60 Prozent geht es nur noch um Industriepolitik, die gemäss der Kommissionsmehrheit mit dem Beschaffungsprojekt verknüpft werden soll, um in einer allfälligen Volksabstimmung gewissermassen noch etwas regionalpolitisch verteilen zu können. Die Frage ist: Ist das sinnvoll? Helfen wir damit dem Gesamtprojekt? Worum sollte es eigentlich gehen? Es sollte bei dieser Kampffjetbeschaffung darum gehen, dass wir zum günstigsten Preis den höchstmöglichen Grad an Sicherheit durch Luftverteidigung erreichen. Das ist das Ziel, das ist der Auftrag.

Ich spreche hier für die sehr starke Minderheit, Sie haben es gehört: Die Sicherheitspolitische Kommission hat heute Morgen mit 7 zu 6 Stimmen ihren Beschluss gefasst. Die sehr starke Minderheit ist der Meinung, dass wir mit dieser Verknüpfung zwischen regionalpolitischer Industrieförderung und Kampffjetbeschaffung, also einem Rüstungsgeschäft, dem Geschäft keinen Dienst erweisen, denn es sollte hier primär um eine sicherheitspolitische Frage und um sicherheitspolitische Überlegungen gehen. Stellen Sie sich vor, wie die Diskussion nachher in der Öffentlichkeit stattfinden wird, wenn man darüber diskutiert, dass wir hier bewusst eine Verteuerung eines immens teuren Beschaffungsprojektes in Kauf nehmen, nur um eben die Bevölkerung gewissermassen zu kaufen. Das wird ja offen gesagt: Man will damit das Projekt mehrheitsfähig machen. Die Kommissionsmehrheit geht also offenbar davon aus, dass ein gewisser Teil der Bevölkerung die Beschaffung zwar eigentlich ablehnen würde, aber ihr zustimmen würde, wenn wir noch ein bisschen industriepolitische Förderung vornehmen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Das entscheidende Argument, das Sie für die Kampffjetbeschaffung bringen können, ist, dass es 2030 keine Kampffjets mehr gibt, wenn Sie Nein sagen. Das ist das Argument, mit dem man die Abstimmung führen kann oder das man bekämpfen kann, je nachdem, welche Meinung man hat. Alles andere scheint mir und der Kommissionsminderheit nicht legitim.

AB 2019 S 1204 / BO 2019 E 1204

Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Sie können die Mehrheitsverhältnisse ansehen – der Kommissionssprecher hat sie bereits erwähnt. Im Nationalrat hat die Version mit 60 Prozent Offsets 144 Stimmen erhalten. Eine starke Mehrheit des Nationalrates bleibt also bei ihrer Position. Sie können sich vorstellen, wie das in der Einigungskonferenz ungefähr aussehen



wird. Wir stehen jetzt in der letzten Runde. Wenn Sie an der Version des Ständerates festhalten, werden wir uns am Donnerstagmorgen treffen. Sie sehen, dass der Nationalrat für seine Version eine relativ starke Mehrheit hat, bei uns ist die Mehrheit für die Version des Ständerates ausserordentlich knapp. Ich würde deshalb auch im Sinne eines guteidgenössischen Kompromisses beantragen, dass wir einlenken. Und vergessen Sie Folgendes nicht: Der Hauptteil dieser Vorlage, die Frage der Kampfjetbeschaffung, ist bereits entschieden. Deshalb beantrage ich Ihnen, hier im Sinne der Minderheit einzulenken.

Wicki Hans (RL, NW): Es ist natürlich schon so, Herr Kollege Jositsch: Es geht hier wirklich um Sicherheitsfragen und nicht darum – das kann ich Ihnen versichern –, die Bevölkerung kaufen zu wollen. Vielmehr geht es darum, den Wohlstand für unser Land und unser Volk, aber auch das Volumen an künftigen Unterhaltsarbeiten entsprechend zu sichern.

Seien wir uns einfach bewusst, was Offset eigentlich ist. Offset hat zwei Komponenten: Offset führt einerseits zu einem Know-how-Transfer von einem Lieferanten in die Schweiz. Der Know-how-Transfer ist – das wissen alle, die unternehmerisch tätig sind und einen Transfer in ein anderes Land machen wollen – mit Kosten verbunden. Know-how-Transfer ist kostentreibend, das ist selbstredend so. Andererseits verfolgt man mit Offset das Ziel, die nationale Wirtschaft etwas zu stützen. Das machen alle Staaten; da ist die Schweiz nicht wirklich ein Einzelfall.

Ich möchte das Votum unserer Frau Bundesrätin aufgreifen und Sie bitten, zu beachten, was im Fokus steht. Es geht um zweierlei: Einerseits müssen wir genügend Flieger zur Sicherung des Luftraums erhalten, das ist der eine Aspekt, andererseits – und das ist das Wichtigste – müssen wir eine Volksabstimmung gewinnen. Wenn wir diese nämlich gewinnen, bringen wir diesen Flieger in die Luft und lassen ihn nicht zum Papierflieger verkommen. Wenn wir den Fokus nicht verlieren und diese Abstimmung auch gewinnen wollen, brauchen wir die Zustimmung aller Landesteile. Und wir brauchen auch die gesamte Wirtschaft, die uns hilft, das zu erreichen. Wir brauchen neben der Wirtschaft auch die Kantone. Der Ständerat ist ja die Vertretung der Kantone. Daher muss ich festhalten, dass uns die Westschweizer Kantone Bern, Fribourg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura zum wiederholten Mal gebeten haben, sie nicht von den Gegengeschäften auszuschliessen und einem Offset-Anteil von 100 Prozent oder dann von 80 Prozent zuzustimmen. Wenn Kantone und Wirtschaft dann wirklich alle am gleichen Strick ziehen, haben wir im nächsten Jahr die grosse Chance, die Abstimmung zu gewinnen. Ob die 144 Stimmen, von denen Kollege Jositsch gesprochen hat, und auch jene, die heute für 60 Prozent stimmen werden, dann wirklich am gleichen Strick ziehen werden – diese Frage möchte ich in den Raum stellen. Ich jedenfalls werde kämpfen für die Sicherheit, aber auch für die Arbeitsplätze in der Schweiz. Darum empfehle ich Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Français Olivier (RL, VD): Dans nos débats sur ce projet, j'ai exprimé en partie la voix de la Suisse romande. J'ai en tout cas fait part de mon inquiétude au sujet du processus tel qu'il s'est déroulé jusqu'à présent. Il est peu courant de voir un tel blocage dans un projet aussi important, mais j'en prends acte. Chacun a son interprétation du vote du Conseil national, mais je rappellerai que le Conseil national, par sa Commission des finances, voulait une part d'affaires compensatoires de 80 pour cent. Cette proposition n'a malheureusement pas été débattue au Conseil national. Maintenant, cette proposition est débattue.

Les prises de position sont claires. J'entends dire qu'il y a un compromis politique. Or ce n'est pas le cas, il n'y a pas de compromis politique. Il ne s'agit pas d'un compromis puisque certains veulent zéro pour cent, d'autres 100 pour cent. Le Conseil fédéral a proposé 60 pour cent et n'a pas voulu de compromis. Ce serait un compromis politique complètement divergent, puisque les objectifs des uns et des autres sont tout à fait différents. Je n'irai pas plus loin dans mon développement, mais je crois que chacun d'entre vous a compris qui veut quoi et comment.

Ce qui est sûr, c'est qu'on veut des Forces aériennes de qualité, j'en conviens. La discussion porte sur le nombre d'avions. C'est pour cela que l'on a une proposition demandant 60 pour cent: cela dépend du nombre d'avions. On parle d'"offsets", parce que l'on admet qu'une part des risques est prise par le fournisseur. Cette part est évaluée par l'Université de Saint-Gall à environ 5 pour cent, à plus par d'autres, cela dépend de l'appréciation de chacun. Mais cela a des conséquences, il est vrai, sur le nombre d'avions.

Lors d'un tel achat, il est important de s'assurer aussi, comme l'a très bien dit Monsieur Wicki, qu'il y ait un transfert de technologies. S'il n'y a pas de transfert de technologies, nous le paierons très cher à l'avenir en raison d'une perte de compétences au sein de notre industrie, mais aussi de la facture que nous devrons payer, parce que si nous n'exécutons pas les tâches chez nous, vous pensez bien que, exécutées à l'étranger, étant donné qu'on sera dans une situation de monopole, elles coûteront très cher – très, très cher même.

Alors, je dis à ceux qui doutent encore et qui voudraient en rester à une part d'affaires compensatoires de 60



pour cent qu'ils doivent être attentifs au facteur des conséquences à moyen et à long terme.

Je me permets maintenant d'adresser un message à Mme la conseillère fédérale Amherd et de lui demander de s'exprimer sur les promesses qui ont été faites et qui devront être tenues. La répartition telle qu'elle est proposée par le Conseil fédéral et soutenue par les chambres tient compte du facteur géographique: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne. Dans le texte tel que nous l'avons voté, nous avons employé l'expression "autant que possible". J'aimerais supprimer les mots "autant que possible". Je fais confiance au Conseil fédéral et j'attends de la part de la conseillère fédérale en charge du dossier que la promesse quant à la répartition entre les régions du pays soit tenue.

La deuxième chose, c'est que les affaires compensatoires devraient être réparties selon le principe de base suivant: 20 pour cent de contrats directement liés aux biens d'armement que nous achetons – c'est ce qu'on appelle les compensations directes –, 40 pour cent de contrats portant sur des biens relevant du domaine de la défense et de la sécurité – c'est ce qu'on appelle les compensations indirectes –, et 20 pour cent – les 20 pour cent qui me sont chers, et même très chers – de compensations indirectes, civiles, en tenant compte de la liste des domaines industriels qui a été admise par notre conseil en particulier.

Troisièmement, et c'est un point très important, je rappelle que la Suisse romande, et en particulier la région Fribourg/Vaud, subit les principales nuisances dues aux activités des Forces aériennes. Les deux tiers des nuisances se situent dans cette région. Or l'apport économique dans cette région, par le biais des places de travail, est nettement plus faible que ce n'est le cas à Emmen. Donc j'attends, en tout cas de la part du Conseil fédéral et des entreprises en charge de l'entretien, la garantie que demain, à savoir le jour où il y aura des travaux d'entretien à effectuer sur les appareils des Forces aériennes, il y ait un rééquilibrage du taux d'activité et du nombre de places de travail qui dépendent des Forces aériennes dans la région que je viens de mentionner et qui subit principalement les nuisances.

J'attends bien sûr avec impatience le résultat du vote. Mais, au préalable, j'attends avec impatience les propos de Mme la conseillère fédérale Amherd sur l'attention qu'elle porte en particulier à la Suisse romande et au secteur industriel helvétique.

AB 2019 S 1205 / BO 2019 E 1205

Amherd Viola, Bundesrätin: Es geht hier um ein wichtiges Geschäft. Sie wissen, dass es bei diesem Geschäft um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung und nicht um irgendwelche anderen Themen wie Wirtschafts-, Regional- oder Staatspolitik geht. Wir sprechen hier von einem Rüstungsprojekt. Sie kennen auch die Vor- und Nachteile von Offset-Geschäften. Wir haben mehrfach darüber diskutiert, hier im Rat, in Ihrer Kommission, heute Morgen das letzte Mal. Ich will nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde, nur so viel: Der Bundesrat hat sich bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aus guten Gründen für einen Offset-Anteil von 60 Prozent entschieden. Es ist auch meine Aufgabe, Herr Ständerat Olivier Français, hier den Bundesratsentscheid zu vertreten. Aus meiner Sicht ist dieser Bundesratsentscheid auch richtig und gut umsetzbar. Ich kann nicht irgendwelche Kompromisse eingehen, erstens, weil ich selber überzeugt bin, dass der Bundesratsentscheid richtig ist, und zweitens, weil es ein Entscheid des Kollegiums ist, der so gefällt wurde.

Bis anhin wurde meistens, das wurde auch richtig gesagt, ein Offset-Anteil von 100 Prozent verlangt, also 100 Prozent Gegengeschäfte – diese 100 Prozent auch zu erreichen, war in der praktischen Umsetzung in der Vergangenheit nicht immer ganz einfach. Umso mehr ist der Bundesrat der Überzeugung, dass mit dem hohen geplanten Investitionsvolumen für Rüstungsgüter in den Jahren 2023 bis 2032 eine 100-prozentige Kompensation falsch und fast nicht, auf alle Fälle nicht vernünftig umsetzbar wäre.

Ich muss wiederholen: Neben den Kampfflugzeugen mit einem Investitionsvolumen von 6 Milliarden Franken gibt es noch die ordentlichen Rüstungsbeschaffungen in der Höhe von 7 Milliarden Franken, zusätzlich noch 2 Milliarden für Bodluf. Das heisst: Wir sprechen insgesamt für diese Zeitspanne von zehn Jahren, die ich genannt habe, von einem geplanten Investitionsvolumen von 15 Milliarden Franken. Eine so grosse Beschaffung hat es im Bereich der Rüstung noch nie gegeben. Das heisst, dass wir pro Jahr für 1,5 Milliarden Franken Investitionen und Ausrüstungsbeschaffungen geplant haben. Wenn man davon ausgeht, dass die Industrie auch im Bereich der sicherheitsrelevanten Industrie noch Aufträge aus der Privatwirtschaft hat – und das hoffe ich doch sehr, ich traue unserer Wirtschaft und Industrie sehr viel zu –, so haben diese Unternehmungen so oder so eine Auslastung. Diese Rüstungsbeschaffungen kämen dann noch dazu. Wir sprechen also von sehr, sehr hohen Beträgen.

Der Nationalrat hat die Meinung des Bundesrates mit einer deutlichen Mehrheit unterstützt und einem Offset-Anteil von 60 Prozent zugestimmt, und zwar mit 144 zu 40 Stimmen. Das Resultat war im Nationalrat ganz klar. Damit ist er dem Anteil von 80 Prozent Offsets, wie ihn Ihr Rat beschlossen hat, nicht gefolgt. Heute Morgen



wurde in der Kommission, wir haben es vom Minderheitssprecher gehört, mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen, an einem Anteil von 80 Prozent festzuhalten. Ich bitte Sie, der Kommissionsminderheit, welche die einzige Differenz in diesem Geschäft ausräumen will, zu folgen.

Mir ist dabei noch wichtig festzuhalten, dass in der nationalrätlichen Variante die regionale Verteilung der Aufträge mit 65 Prozent für die Deutschschweiz, 30 Prozent für die Westschweiz und 5 Prozent für die italienischsprachige Schweiz enthalten ist. Es ist der Wille des Bundesrates, diese regionale Verteilung auch zu respektieren, und zwar nicht erst, seit diese Verteilung hier in den Planungsbeschluss geschrieben wurde. Die regionale Verteilung ist Bestandteil der Rüstungspolitik des Bundes; das hat der Bundesrat so beschlossen.

Wir sind überzeugt, dass die regionale Verteilung auch mit einem Offset-Anteil von 60 Prozent erreicht werden kann, denn es gibt im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis vor allem auch in der Westschweiz gute, fähige Unternehmungen, die Aufträge holen können. Ich erlaube mir, stellvertretend für die Westschweizer sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis einige Unternehmungen aufzuzählen, die in der Vergangenheit bereits Aufträge aus Offset-Geschäften realisieren konnten, und zwar im Bereich indirekte Offsets, nicht in den letzten 20 Prozent. Das sind beispielsweise die Firmen Mercury Mission Systems International in Lancy, Tornos SA in Moutier, Schott Suisse SA in Yverdon, HMT Microelectronic AG in Biel, Advanced Silicon SA in Lausanne, Alpes Lasers AG in Saint-Blaise und Synova SA in Duillier. Das ist nur eine Auswahl, Sie finden sie auch auf der Homepage von Armasuisse. Es gibt aber noch eine viel längere Liste, die sich nicht auf der Homepage befindet und die ich hier nicht öffentlich ablesen werde; aber wer Interesse hat, dem gebe ich gerne Einblick in diese Liste. Auch die Westschweiz hat also fähige Unternehmungen, die Aufträge bekommen und ausführen können.

Es ist auch so, dass in der Rüstungspolitik des Bundes nach wie vor der Grundsatz 100 Prozent Offsets vorgesehen ist; das ist der Regelfall gemäss Rüstungspolitik. Das heisst, dass für andere Beschaffungen wie Bodluf oder die Systeme für die Bodentruppen, die auch in der Zeitspanne, die ich vorhin erwähnt habe, realisiert werden, weiterhin 100 Prozent Offsets gelten. Sie sehen also, es geht um grosse Beträge, die die Schweizer Wirtschaft hier realisieren kann.

Sinn und Zweck von Offsets ist die Stärkung der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis unseres Landes. Mehrkosten bei der Beschaffung eines Rüstungsguts für die Stärkung dieser Industrie, die für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig ist, können sicherheitspolitisch begründet werden. Es geht nämlich darum, Know-how in der Schweiz zu behalten, damit wir eine gewisse Unabhängigkeit behalten können. Was aber darüber hinausgeht und nichts mit Sicherheit zu tun hat, ist bei einem Rüstungsgeschäft aus Sicht des Bundesrates und auch des Nationalrates nicht zu rechtfertigen. Wenn man von Technologietransfer spricht, ist es mir auch noch wichtig zu sagen, dass das für unsere Unternehmungen etwas sehr Interessantes ist, aber eben vor allem in den 60 Prozent direkten und indirekten Offsets enthalten ist. Was darüber hinausgeht, da können irgendwelche Unternehmungen, die keinen Bezug zu Technologie haben, einen Auftrag bekommen – es kann irgendsonst eine Unternehmung sein. Da könnte man dann auch nicht mehr von Technologietransfer sprechen.

Ständerat Olivier François hat mich da noch auf gewisse Punkte angesprochen, auf Abstimmungen, auf das Abstimmungskalkül.

Pour moi, le plus important est de proposer un projet qui soit vraiment correct du point de vue du dossier lui-même, c'est-à-dire du point de vue de la sécurité de la population de notre pays. Il s'agit ici d'un projet pour la sécurité de notre population et non d'un projet pour la promotion économique ou pour la politique régionale. Je n'ai rien contre la politique régionale ni contre une politique économique, mais les décisions y relatives doivent se prendre à ce titre et non dans le cadre d'un dossier qui a trait à l'armement de notre armée et à la sécurité de notre population. Cela, c'est autre chose.

Es ist also wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass es um ein Projekt, um ein Geschäft im Bereich der Sicherheit unseres Landes geht. Das kann ich nicht genug betonen. Entsprechend bin ich überzeugt, dass 60 Prozent richtig sind. Das kann man mit gutem Gewissen vertreten, auch weil wir hier öffentliche Gelder – Steuergelder – einsetzen, die eben für die Sicherheit vorgesehen sind.

Entsprechend bitte ich Sie, Ihrer Kommissionsminderheit zuzustimmen und damit die letzte Differenz in diesem Geschäft auszuräumen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2019 • Neunte Sitzung • 17.12.19 • 08h15 • 19.039
Conseil des Etats • Session d'hiver 2019 • Neuvième séance • 17.12.19 • 08h15 • 19.039



Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 16 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das Geschäft geht damit noch einmal an den Nationalrat zurück.

AB 2019 S 1206 / BO 2019 E 1206

